

REZENSIONEN

Verhinderte Bundeskanzler: Drei spannende Biographien, ein irreführendes Psychogramm und eine beachtliche Autobiographie

Sturm, Daniel Friedrich: Peer Steinbrück. Biografie. Mit Karikaturen von Heiko Sakurai, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2012, 299 Seiten, kartoniert, € 14,90.

Lohse, Eckart und Markus Wehner: Steinbrück. Biographie, Droemer Verlag, München 2012, 364 Seiten mit Abbildungen, Hardcover, € 19,99.

Goffart, Daniel: Steinbrück. Die Biografie, Wilhelm Heyne Verlag, München 2012, 335 Seiten mit Abbildungen, Hardcover, € 19,99.

Schütz, Hans Peter: Wolfgang Schäuble. Zwei Leben. Ein Porträt, Droemer Verlag, München 2012, 317 Seiten mit Abbildungen, Hardcover, € 19,99.

Stoiber, Edmund: Weil die Welt sich ändert. Politik aus Leidenschaft – Erfahrungen und Perspektiven, Siedler Verlag, München 2012, 320 Seiten mit Abbildungen, Hardcover, € 22,99.

Im Laufe des Jahres 2012 kamen gleich drei Biographien heraus, die sich mit dem Leben des SPD-Kanzlerkandidaten *Peer Steinbrück* befassen. *Daniel Friedrich Sturm* machte im Mai den Anfang, es folgten im September die Bücher von *Eckart Lohse* und *Markus Wehner* sowie von *Daniel Goffart*. Der Münchner Merkur titelte: „*Steinbrück: Der Kandidat der Verlage*“. Das war sicher nicht falsch, ließe sich aber präzisieren: *Steinbrück* – der Favorit der Berliner Korrespondenten, vorzugsweise derjenigen konservativer Leitmedien. *Sturm* ist Hauptstadt-korrespondent der „Welt“, *Lohse* und *Werner* schreiben für die „Frankfurter Allgemeine“ aus Berlin, *Goffart* für den „Focus“. Alle vier Autoren bescheinigen *Steinbrück* das Zeug zum Kanzler – wenig verwunderlich, denn die Vermarktungsstrategie ihrer Verlage basierte darauf, dass er es könne. Der Heyne Verlag zog die für den November angekündigte Biographie *Goffarts* auf den 24. September vor, um rechtzeitig vor Verkündung der Kanzlerkandidatur mit dem Buch auf dem Markt zu sein. Nur vier Tage später erklärten der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion *Frank-Walter Steinmeier* und der SPD-Bundesvorsitzende *Sigmar Gabriel* öffentlich ihren Verzicht und schickten *Steinbrück* ins Rennen. Ab Oktober überschlugen sich dann die Negativschlagzeilen über den SPD-Kanzlerkandidaten, ein „Shit Storm“ nach dem anderen fegte durch das Internet. *Steinbrück* wurden seine angebliche laxen Arbeitsmoral als Bundestagsabgeordneter (der er erst 2009 erstmals wurde), seine hohen und nicht bis ins Letzte transparenten Nebeneinkünfte, manche Interessenverwicklungen mit der Industrie sowie seine immer wieder vorkommenden provokanten Äußerungen vorgehalten. Für Verschwörungstheoretiker böte die Abfolge der Ereignisse reichlich Nahrung für die These, dass der Kandidat den Sozialdemokraten vom politischen Gegner als Kuckucksei ins Nest gelegt worden sei. *Steinbrück*, der 2011 und 2012 zu den beliebtesten deutschen Politikern zählte, war im Frühjahr 2013 so unpopulär, dass nicht Wenige über einen Rück-

tritt von der Kandidatur spekulierten. Dieser erfolgte zwar nicht, ein Wahlerfolg bei der Bundestagswahl im Herbst war jedoch in weite Ferne gerückt.

Für Manche mag das wahrscheinlich bevorstehende Karriereende *Steinbrücks* Grund genug sein, das Interesse an seiner politischen Biographie ad acta zu legen – für den Politikwissenschaftler und Zeithistoriker darf, für den politisch interessierten Leser sollte dies aber kein ausreichender Grund sein. Politiker, die es zum Kanzlerkandidaten bringen, verdienen ein vertieftes Interesse – zumindest seitens der Wissenschaft. Allein das Erreichen der Kandidatur ist ein exzeptioneller und für jeden Politiker unwahrscheinlicher Erfolg. Ganz ohne Zufälle, ohne Glück geht es nie. Es erfordert aber auch die nötige Tatkraft und Tüchtigkeit, das Schicksal beim Schopfe zu packen. Anders als es das Zerrbild vom arbeitsscheuen, korrupten Abgeordneten insinuiert, das von interessierten Gruppen wie „Abgeordnetenwatch.de“ im Internet verbreitet wird, hat *Steinbrück* diese politische Virtuosität bewiesen: Die Monate nach der verlorenen Bundestagswahl 2009 nutzte er, um mit seinem Buch „Unterm Strich“ ein persönliches Regierungsprogramm vorzulegen, das durchaus auf sozialdemokratische Befindlichkeiten Rücksicht nahm. Hier zeigte er sich nicht nur als kundiger Finanzpolitiker, sondern äußerte sich auch zu Themen der Außen-, der Wirtschafts-, der Sozial- und der Demokratiepoltik. Der Erfolg seines Buches, das über 120.000 Mal verkauft wurde (*Sturm*, S. 260), fügte den gut besuchten Vortragsreisen durch die Republik weitere hinzu. In der Rückschau wurden sie zur Erkundungstour des potenziellen Kanzlerkandidaten. Im Oktober 2011 erklärte sich *Steinbrück* zum Wettbewerber für die Kanzlerkandidatur. Altbundeskanzler *Helmut Schmidt*, das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ und Fernsehmoderator *Günther Jauch* hielten ihm den Steigbügel.

Über das Leben vor seiner Kandidatur ist in allen drei Biographien nahezu Gleichlautendes zu erfahren. Dies hängt mit den Quellen zusammen. Alle drei Bücher stützen sich zu einem wesentlichen Teil auf die akribische Auswertung der Pressearchive, ergänzt um Interviews mit *Steinbrück* und zahlreichen seiner Freunde, Bekannten und politischen Weggefährten. Das Bild, das die Autoren von ihrem Beobachtungsobjekt entwerfen, ist ziemlich uniform und lässt wenig Interpretationsspielräume offen. Dies dürfte auch ein Ergebnis des professionellen und effektiven „Imagemanagements“ *Steinbrücks* sein: Da wäre zunächst die raue Kindheit des 1947 geborenen Trümmerkindes. Zwar wuchs er wohlbehütet im bürgerlichen Elternhaus in Hamburg-Winterhude auf, aber auf der Straße ging es in den ersten Nachkriegsjahren ziemlich rustikal zu. Der junge *Peer* war kein Kind von Traurigkeit und beteiligte sich an manchen Raufereien. In der Schule war er keine Leuchte. Die Gelehrtenschule des Johanneum, ein altsprachliches Gymnasium, musste er verlassen, weil seine Leistungen in Altgriechisch, Latein und Mathematik nur „mangelhaft“ waren. Die Lehrer, unter ihnen aus Sicht des Jungen manche unverbesserlichen Nationalsozialisten, vermochten den Schüler nicht zu motivieren. Zwei „Ehrenrunden“ hatte *Peer* gedreht, bevor er im Alter von 21 Jahren das Fachabitur am Wirtschaftsgymnasium erfolgreich absolvierte. Nach der Schule verpflichtete er sich für zwei Jahre zum Dienst bei der Bundeswehr; hier schloss er sich der Gruppe „Leutnant-70“ an. *Willy Brandt* imponierte dem jungen *Steinbrück*: die neue Ost- und Entspannungspolitik sowie das Versprechen, „mehr Demokratie (zu) wagen“. 1969 trat er in die SPD ein, die für ihn gesellschaftlichen Aufbruch verkörperte. Bis heute bezeichnet er sich als Angehöriger der „Freiheits-SPD“. Ab 1970 studierte *Steinbrück* Volkswirtschaftslehre in Kiel, zog die Lehren aus seinen schulischen Misserfolgen und setzte sich auf den Hosenboden. Bereits nach acht Semestern hatte er das Diplom mit Prädikat („gut“) in der Tasche.

In die Kieler Jahre – es war die Zeit des RAF-Terrors und des „Radikalenerlasses“ – fiel ein Erlebnis, das Spuren hinterließ. Fröhlichmorgens stürmten schwer bewaffnete Polizisten und Beamte des Verfassungsschutzes die Wohngemeinschaft, in der *Steinbrück* damals lebte. Wie die Studenten später herausfanden, wurden sie verdächtigt, einer RAF-Terroristin Unterschlupf gewährt zu haben. Der Verdacht erwies sich als unbegründet; dennoch fiel *Steinbrück* wenige Jahre später, als er eine Festanstellung im Bonner Bauministerium erhalten sollte, durch die Sicherheitsüberprüfung. Er wurde kurz arbeitslos und geriet in eine schwere persönliche Krise, aus der er sich aber mit Hilfe einflussreicher politischer Freunde schnell befreien konnte. Seit jener Zeit steht seine Meinung über den Nutzen des Verfassungsschutzes unverrückbar fest, und sie ist wenig schmeichelhaft für die Dienste. *Steinbrück* bekam dann 1975 eine Stelle im Forschungsministerium. Der damalige Minister *Hans Matthöfer* wurde schnell auf den forschenden jungen Mann aufmerksam und machte ihn zu seinem persönlichen Referenten. In dieser Funktion diente er auch den Nachfolgern *Volker Hauff* und – nach einer kurzen Entsendung ins Kanzleramt – *Andreas von Bülow*. Von 1986 bis 1990 fungierte er als Büroleiter des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten *Johannes Rau*. Für den harmoniebedürftigen „Bruder *Johannes*“, der lieber versöhnen als spalten wollte, übernahm *Steinbrück* die Rolle des „Hofhundes“ (*Sturm*, S. 58 ff.). Die langen Jahre als rechte Hand eines Ministers beziehungsweise Regierungschefs waren eine harte Schule, die seine bis heute vorhandene Bereitschaft zur gnadenlosen Ausbeutung seiner Arbeitskraft erklären helfen. Der CSU-Politiker *Michael Glos* soll einmal gesagt haben: „Für den Job brauchen Sie ein Gemüt wie ein Fleischerhund“ (*Goffart*, S. 90).

Den Schritt vom Beamten zum Politiker machte *Steinbrück* 1990 im Alter von 43 Jahren. Als Staatssekretär des schleswig-holsteinischen Umweltministers *Berndt Heydemann* hielt er es nur zwei Jahre aus. Mit der Persönlichkeit und der Arbeitsweise seines Ministers, der laut *Steinbrück* eine „Aktenumschlagszeit“ von acht bis zehn Tagen gehabt haben soll (*Lohsel Wehner*, S. 98), kam er nicht zurecht und wechselte als Staatssekretär ins Wirtschaftsministerium. Im Mai 1993 machte ihn die neue Ministerpräsidentin *Heide Simonis* zum Wirtschaftsminister ihrer rot-grünen Koalition. Hier stritt er sich in den folgenden Jahren ausgiebig mit den Grünen und ihrem Umweltminister um den Ausbau der „Ostseeautobahn“ A 20 – ein Projekt, das noch die derzeitige rot-grüne Koalition belastet. Das Klima im Regierungsbündnis und auch *Steinbrücks* Verhältnis zur Ministerpräsidentin, die ihn einmal als „Amokläufer“ bezeichnet haben soll (*Goffart*, S. 119), war irgendwann so vergiftet, dass *Steinbrück* im September 1998 dankbar die Gelegenheit ergriff, als Wirtschaftsminister nach Nordrhein-Westfalen zurückzukehren. Hier traf er jedoch nicht nur auf seinen alten Freund aus Düsseldorf *Wolfgang Clement*, sondern erneut auf einen grünen Koalitionspartner. Als Wirtschaftsminister zankte er sich mit der grünen Umweltministerin *Bärbel Höhn* um die geplante Erweiterung des Braunkohletagebaus bei Garzweiler. Das zweite große Infrastrukturprojekt, über das sich die Partner zerstritten, war der geplante Metrorapid zwischen Düsseldorf und Dortmund. *Steinbrück* war inzwischen (ab November 2002) Ministerpräsident des Landes – und er hätte am liebsten die Koalition platzen lassen, um das Projekt zusammen mit der FDP zu realisieren. Er wurde zu diesem Zweck sogar in Berlin beim Kanzler vorstellig; doch dieser bedeutete ihm, dass ein Koalitionswechsel aus bundespolitischen Erwägungen und wegen der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat nicht angezeigt war. Bundespräsident *Johannes Rau* soll auf *Steinbrück* eingeredet haben, das Bündnis mit den Grünen fortzusetzen (*Goffart*, S. 156 f.).

Bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai 2005 fuhr *Steinbrück* nach nicht einmal drei Jahren im Amt des Ministerpräsidenten eine historische Niederlage ein: Erstmals nach knapp 40 Jahren musste die SPD in die Opposition. Nach übereinstimmender Auffassung der Wahlanalysiker lag dies jedoch am wenigsten in der Person oder Amtsführung des Ministerpräsidenten begründet. Der Machtverlust war vielmehr Folge eines langen, schon unter *Rau* einsetzenden Erosionsprozesses der SPD. Noch stärker ins Gewicht fiel der heftige bundespolitische Gegenwind in Gestalt der Hartz-Reformen und der Agenda 2010, die zu einer Niederlagenserie der SPD bei den Landtagswahlen geführt hatten. In Nordrhein-Westfalen war die letzte rot-grüne Koalition auf Landesebene abgewählt worden, was zu dem Novum führte, dass die Bundesregierung über keine „sichere“ Stimme im Bundesrat mehr verfügte. Noch am Wahlabend kündigten deshalb der SPD-Vorsitzende *Franz Müntefering* und Bundeskanzler *Gerhard Schröder* an, die Bundestagswahlen auf den Herbst 2005 vorzuziehen. *Steinbrück* war, wovon er schon in seinem Buch „Unterm Strich“ (S. 264 f.) erzählt hatte, von *Schröder* sechs Wochen vor der Landtagswahl in seine Pläne eingeweiht worden. Er riet ihm zu. Im Gegenzug verpflichtete der Kanzler ihn auf absolutes Stillschweigen.

Steinbrück hatte schon im Wahlkampf erklärt, dass er bei einer verlorenen Wahl nicht Oppositionsführer im Düsseldorfer Landtag werden wolle, ohne dass dies einen vergleichbaren Aufschrei ausgelöst hätte wie sieben Jahre später im Falle des Bundesumweltministers *Norbert Röttgen*. *Steinbrück* strebte getreu seinem Selbstverständnis, ein „Mann der Exekutive“ zu sein (*Goffart*, S. 169), wieder in eine Regierungsfunktion. Er lehnte deshalb auch das Bundestagsmandat ab, das ihm *Müntefering*, *Schröder* und *Clement* anboten, was ihm manche Parteifreunde wieder einmal als Arroganz auslegten. Im Bundestagswahlkampf mischte er dennoch kräftig mit und verteidigte den Reformkurs der Agenda 2010. Das Kalkül *Steinbrücks*, sofern es denn eines war, ging auf: Nach der Bundestagswahl 2005 reichte es nicht für ein schwarz-gelbes Bündnis. In der schließlich gebildeten Großen Koalition übernahm *Steinbrück* das Amt des Finanzministers. In erster Linie war dies wohl der Fürsprache *Schröders* zu verdanken. *Müntefering*, der starke Mann der SPD bei den Koalitionsverhandlungen, soll kurzzeitig erwogen haben, den schleswig-holsteinischen Finanzminister *Ralf Stegner*, einen exponierten Vertreter des linken Flügels, nach Berlin zu berufen (*Sturm*, S. 187). Als Finanzminister der Großen Koalition (2005 bis 2009) erwarb sich *Steinbrück* den Ruf des effizienten und nervenstarken Krisenmanagers, dem die Deutschen in unruhigen Krisenzeiten vertrauen konnten. Diese von den Akteuren eifrig befeuerte Erzählung ist mittlerweile zum „Mythos“ (*Goffart*, S. 189) gereift, der fest im kollektiven Gedächtnis der Deutschen verankert ist. Visuell abgestützt wird dieser Mythos durch die gemeinsame Presseerklärung der Bundeskanzlerin mit dem Finanzminister am 5. Oktober 2008, als sie die Spareinlagen der Deutschen garantierte. *Angela Merkel* wollte diese Garantieerklärung ursprünglich allein abgeben, doch *Steinbrück* erkannte die historische Bedeutung der Situation und setzte den gemeinsamen Auftritt durch. Er wollte den Moment nicht der politischen Konkurrentin allein überlassen – ein Beweis seiner politischen Intelligenz und Durchschlagskraft.

Die Zeit als Finanzminister der Großen Koalition war der bisherige Höhepunkt der politischen Karriere *Steinbrücks*. Mit 58 Jahren wurde er erstmals Bundesminister – im zweitmächtigsten politischen Amt, das die Bundesrepublik zu vergeben hat. Hinzu kam, dass er es inmitten der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit der Weltwirtschaftskrise 1929/30 ausübte. Diese vier Jahre müssen also zwangsläufig im Mittelpunkt einer jeden politischen Biographie *Steinbrücks* stehen. Bei *Sturm* und *Lohse/Wehner* ist dies auch der Fall, sie widmen

dem Karrieregipfel ihres Helden jeweils 60 beziehungsweise 70 Seiten. Mit knapp 30 Seiten sehr kurz fällt der Abschnitt bei *Goffart* aus, wobei er auf gut zehn Seiten den Versuch des Finanzministers schildert, auf die damaligen Vorstandsvorsitzenden der Telekom und der Deutschen Post, *Kai Uwe Ricke* und *Klaus Zumwinkel*, Einfluss zu nehmen. Der begeisterte Schachspieler *Steinbrück* wollte die beiden zu einer Millionenpende für ein Schachturnier überreden, was ihm jedoch nicht gelang. Er äußerte seine Bitte unter dem offiziellen Briefkopf des Bundesfinanzministeriums, das als Hauptaktionär im Aufsichtsrat der beiden ehemaligen Staatsunternehmen vertreten ist. Diese politische Torheit hätte ihn den Kopf kosten können, wäre sie damals bekannt geworden. Der „Focus“ berichtete darüber parallel zur Veröffentlichung der *Goffart*-Biographie, landete aber keinen „Scoop“. Von allen drei Büchern gelingt der Biographie von *Lohse/Wehner* die differenzierteste Schilderung des Wirkens von *Steinbrück* in der Großen Koalition. Für ein „ungerechtes Urteil“ (S. 243) halten sie die These, dass er mit Blick auf die heranziehende Finanzkrise genauso ahnungslos wie nahezu alle Politiker und Ökonomen und folglich nur ein „Maulheld“ gewesen sei. Den beiden *Steinbrück*-Biographen kommt zugute, dass sie schon 2009 ein beachtenswertes Buch über die Große Koalition publizierten („Rosenkrieg“).

Vieles, was den Menschen *Steinbrück* auch noch ausmacht – seine Leidenschaften (Bücher, Kino, Schach, Fußball) und Abneigungen (Parteifreunde, missionarische, unorganisierte oder begriffsstützige Menschen), seine Vorliebe für provokative, sarkastische Sprüche und einen bösen britischen Humor, sein familiäres Umfeld – konnten in dieser Rezension nicht so ausführlich behandelt werden, wie sie es verdient hätten. Dazu finden sich in allen drei Büchern aufschlussreiche Beobachtungen und viele unterhaltsame Anekdoten.

Die abschließende vergleichende Bewertung der drei Biographien führt zu dem Ergebnis: Alle sind spannend, alle können empfohlen werden. Die drei Autoren(paare) verstehen sich aufs Schreiben und auf einen dramaturgisch geschickten Aufbau ihrer Erzählung: *Goffart* hat die Biographie vorgelegt, die am flüssigsten zu lesen ist, frei von überflüssigen Ornamenten. Er versetzt sich oft in die Perspektive der Akteure, kann Situationen so beschreiben, dass der Leser das Gefühl hat, unmittelbar dabei zu sein. *Sturm* und *Lohse/Wehner* argumentieren differenzierter, beziehen auch einen weiteren politischen Horizont in ihre Erzählung mit ein. Beide Autoren(paare) kommen in ihren empfehlenswerten Schlusskapiteln zu einem reifen, abgewogenen Urteil über den Politiker *Steinbrück*. Sie sehen seine Schwächen genauso wie seine Stärken, während *Goffart* einseitiger auf die Stärken abstellt. Für *Lohse/Wehner* ist es keineswegs ausgemacht, dass *Steinbrück* als Kanzler genauso gut geeignet ist wie als Finanzminister. Die Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen, als er auf eine brachiale Konfrontation mit dem grünen Koalitionspartner zusteuerte, sprechen aus ihrer Sicht eher dagegen (S. 332 f.). *Sturm* urteilt noch skeptischer (S. 281 ff.): *Steinbrücks* Kultivierung des Anti-Politikers, seine Abneigung gegenüber Konsens und Kompromiss, auch seinen Hang zum Einzelkämpfertum betrachtet er als nur schwer vereinbar mit der Aufgabenbeschreibung eines Bundeskanzlers. *Steinbrücks* hervorstechenden Charaktereigenschaften, seine Egozentrik und fehlende Empathie, sind aus *Sturms* Sicht eine schwere Hypothek auf dem Weg zur Kanzlerschaft. Dieses Urteil erscheint sehr hart und ungerecht, wahrgenommen durch die Medienbrille des Journalisten. Nicht zu bestreiten aber ist, dass das mediale Image *Steinbrücks* geradezu auf gegensätzlichen Merkmalen beruht wie dasjenige der populären Kanzlerin. Das macht es ihm nicht leicht.

Müssten man sich für eines der Bücher entscheiden, fiel meine Wahl auf *Lohse/Wehner*. Es weist die meisten Facetten und den weitesten intellektuellen Horizont auf (*Sturm* steht

dem aber nicht viel nach). Es hat ein Namensregister (*Sturm* auch, *Goffart* nicht). Als einziges der drei Bücher ist es zudem mit einem – allerdings sparsamen – Anmerkungsapparat ausgestattet. Wissenschaftliche Literatur sucht der Politikwissenschaftler dort jedoch vergebens. Es wäre schön und würde nützen, wenn politische Journalisten, wie es früher durchaus der Fall war (zum Beispiel bei *Rolf Zundel*, *Gunter Hofmann* oder *Jürgen Leinemann*), mehr Fachliteratur zur Kenntnis nehmen würden.

Mit dem Leben des *Wolfgang Schäuble* beschäftigt sich *Hans Peter Schütz*, Autor des „Stern“. Er hat sich damit den Nachfolger *Steinbrücks* im Amt des Bundesfinanzministers zum Gegenstand gewählt. Doch ist diese späte und für manche überraschende Krönung in der politischen Karriere des mittlerweile 70-jährigen *Schäuble* nicht das eigentliche Thema des Buches. Das ist die These von den „zwei Leben“ *Schäubles*: vor dem Attentat am 12. Oktober 1990 und danach. Nun ist schwerlich zu bestreiten, dass das „Unglück“, wie *Schäuble* es nennt, eine tiefe Zäsur in seinem Leben bedeutete: Was es heißt, für immer in den Rollstuhl gezwungen zu sein, kann sich kaum jemand wirklich ausmalen, der nicht selbst die Erfahrung machen musste, sich nicht mehr aus eigener Kraft bewegen zu können. Hinzu kommt der Ärger, ständig auf Hilfe angewiesen und dem überbordenden Mitleid oder auch nur den Unsicherheiten der Mitmenschen ausgesetzt zu sein. Wie schlimm dies ist, wird in all seinen Dimensionen nur *Wolfgang Schäuble* wissen. Trotzdem erscheint die These von den „zwei Leben“ verfehlt. Nach allem, was wir über *Schäuble* wissen und was uns auch *Schütz* erzählt, hat sich weder der Politiker noch der Mensch *Wolfgang Schäuble* durch das Attentat entscheidend verändert. Auch gab er sich nicht, was verständlich gewesen wäre, dem Selbstmitleid hin. Allenfalls sind *Schäubles* Anlagen und Charaktereigenschaften nach dem Attentat noch prononcierter zutage getreten als zuvor schon.

Die Biographie setzt mit dem Attentat, dessen Augenzeuge *Schütz* war, ein. Es folgt ein Kapitel über den schizophrenden Täter, bei dessen Lektüre man sich unwillkürlich fragt: Musste das sein? Danach umkreist der Autor in Episoden und Abschnitten aus der politischen Karriere *Schäubles* die Frage, wie er mit dieser Zäsur in seinem Leben umging. Eingeflochten in die Darstellung werden zwei Interviews mit Ehefrau *Ingeborg* (S. 33 – 50) und dem kürzlich verstorbenen jüngeren Bruder *Thomas* (S. 78 – 103), aus denen zu entnehmen ist, dass das persönliche Umfeld unter schweren Schicksalsschlägen oft stärker leidet als der Betroffene. Während *Schäuble* bereits zwei Wochen nach dem Attentat die Arbeit an seinem Buch über den Einigungsvertrag aufnahm, den er als Bundesinnenminister ausgehandelt hatte, brauchte seine Frau nach eigenem Bekunden fünf Jahre, um sich mit der Tatsache zu arrangieren, dass ihr Ehemann für immer an den Rollstuhl gefesselt sein würde. Der jüngere Bruder entwickelte nach dem Attentat besondere Beschützerinstinkte dem älteren gegenüber, insbesondere im Verhältnis zu *Helmut Kohl*, den er weit schärfer kritisiert, als *Wolfgang Schäuble* dies tut. *Thomas Schäuble* widerlegt auch die Vermutung, dass sein Bruder nach dem Attentat härter geworden oder gar verbittert sei. Im Gegenteil erlebte er ihn danach sogar als zugänglicher.

Nach dem Attentat setzte *Schäuble* seine beeindruckende politische Karriere bruchlos fort: Am 20. Juni 1991 hielt der Innenminister in einer Sternstunde des Bundestages seine historische Rede, mit der er für den Umzug der Hauptstadt nach Berlin warb. Für *Schütz* steht fest, dass es *Schäuble* war, der die Stimmung zugunsten Berlins drehte (S. 60 ff.) – und mit diesem Urteil steht er nicht allein. Im November desselben Jahres löste *Schäuble* den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU *Alfred Dregger* ab, der schon lange als führungs-

schwach galt. Auch in der Führung der Union zeigte *Schäuble*, dass er sich nicht wirklich verändert hatte. Er trat genauso vorwärtsdrängend, ungeduldig und besserwisserisch auf wie früher. Vielleicht war er sogar noch „rauhbauziger“ (S. 124) als am Anfang seiner Karriere, in der er sich in der „Kampfgruppe Kohl“ (S. 104) und als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion den Ruf eines „Abkanzlers“ (S. 118) erworben hatte. Die informelle Rolle eines „Kronprinzen“ (S. 145) des Kanzlers hatte er ebenfalls schon früh inne, spätestens seitdem er 1984 Chef des Bundeskanzleramtes im Ministerrat geworden war. Auch hier also kein zweites Leben, sondern die Fortsetzung des alten.

Es entbehrt nicht der persönlichen Tragik, dass *Schäuble* dann doch nicht Kanzler oder zumindest Kanzlerkandidat 1998 wurde. Noch bitterer waren die Umstände seines Sturzes als Parteivorsitzender wegen eines eher geringen Versäumnisses in der CDU-Parteispendenaffäre im Februar 2000. Die Ereignisse sind oft erzählt worden, *Schütz* trägt hier keine neuen Fakten bei, höchstens seine Sicht der Dinge. Diese überzeugt uns aber genauso wenig wie die Leithypothese seines Buches. Der Tenor seiner Argumentation läuft immer wieder darauf hinaus, *Schäuble* als Opfer darzustellen: erst des Übertaters *Kohl* auf dem Leipziger Parteitag im Oktober 1997, als dieser ihn zum Kronprinzen ausrief, um dann einen Tag später seine erneute Kanzlerkandidatur für die Bundestagswahl 1998 zu erklären; dann des – vorübergehenden – Ehrengewaltigen *Kohl*, der ihn in der Parteispendenaffäre auflaufen ließ und in der Fraktion („Kohleones Hofstaat“) hemmungslos gegen ihn intrigierte; schließlich der „Vatermörderin“ (S. 156) *Angela Merkel*, die als Generalsekretärin gegen *Kohl* putschte und dabei *Schäuble* umging, der wenig später als Partei- und Fraktionsvorsitzender zurücktrat. Überhaupt *Merkel*: Von ihr zeichnet *Schütz* das Bild der eiskalten Machtpolitikerin, das unter Hauptstadtkorrespondenten anscheinend überaus beliebt ist. Sie soll *Schäuble* später noch einmal als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten „missbraucht“ (S. 194), ja ihn zuweilen gar „erniedrigt“ (S. 286) haben. Die Niederlagen *Schäubles* in all diesen Machtspielen, so das Resümee von *Schütz*, waren ein Zeichen von innerer Schwäche, die auf *Schäubles* „Pflichtgefühl“ und „Loyalitätsbewusstsein“ zurückzuführen sei. Sein persönliches Schicksal verstärkte diese Schwäche (S. 286 f.). Vielleicht war *Schäuble*, meint *Schütz* am Schluss, „kein Mann für die allererste Reihe der Politiker“ (S. 287).

Ich halte dagegen, dass er dies sehr wohl war. Auch über die innere Härte des Machtpolitikers verfügte er. *Schütz* hat in seinem Buch selbst unzählige Beispiele zusammengetragen, in denen *Schäuble* diese Härte zeigte. Er war – und ist – kein Unschuldslamm, auch ist er der politischen Intrige – oder nennen wir es Strategie – fähig. Nicht jeder aber, der das Zeug zum Kanzler hat, wird es auch – ganz unabhängig davon, ob er im Rollstuhl sitzt oder nicht. Manchmal stehen dem schlicht Personen, Zufälle oder Konjunkturen der Macht und des Machtverlusts im Wege. Aber dass *Schäuble* nach seinen schweren persönlichen Niederlagen am Ende und im Nachhall der Ära *Kohl* wieder in die allererste Reihe der Politiker zurückkehrte, ist an sich schon Beweis genug für seine überragenden politischen – und auch menschlichen – Qualitäten. Vielleicht ist das Leben nach *Kohl*, das irgendwann zwischen 2000 und 2002 begann, das wirkliche zweite Leben *Schäubles*. Die Geschichte dieses Lebens muss aber erst noch geschrieben werden.

Auch *Edmund Stoiber* zählt wie *Schäuble* und *Steinbrück* zu den verhinderten Bundeskanzlern. Von allen dreien kam er dem Amt am nächsten: Nach der Bundestagswahl 2002 fehlten ihm nur sieben Stimmen zur Kanzlermehrheit im Bundestag. Wären manche Fehler im Wahlkampf vermieden worden, hätte die FDP eine klare Koalitionsaussage zugunsten der

Union abgegeben, wären die „externen Schocks“ im Wahlkampf (Diskussion um eine deutsche Beteiligung am Irakkrieg, Flutkatastrophe im Osten Deutschlands) ausgeblieben oder wäre nur auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik (West) gewählt worden, hätte der Bundeskanzler ab 2002 *Edmund Stoiber* geheißt. Die Geschichte der Bundesrepublik wäre anders verlaufen, *Angela Merkel*, deren überlegenes machstrategisches Kalkül Autoren wie *Schütz* so schauernd bewundern, wäre möglicherweise nie Kanzlerin geworden. Das sind interessante, aber – so würde *Stoiber* wahrscheinlich einwenden – müßige Spekulationen. Richtig – dennoch kann ein solches Denken im Konjunktiv sinnvoll sein, um sich die Kontingenz aller politischen Entwicklungen bewusst zu machen. Um es mit einem Lebensmotto *Stoibers* zu sagen: „Die Welt ist unendlich in Bewegung. Und nichts bleibt von selbst so, wie es ist“ (S. 225).

Stoibers Autobiographie ist, um es gleich vorweg zu sagen, ein beachtliches Werk. Zunächst einmal ist sie, was angesichts der mal mäandernden, mal stockenden Redekunst des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten überrascht, erstaunlich flüssig geschrieben. Stellenweise glänzt der Autor sogar mit Selbstironie – eine Eigenschaft, die das Vorurteil nicht intuitiv mit *Stoiber* verbindet. Ferner und wichtiger noch ist das Werk auch inhaltlich eine reiche Fundgrube, zählt sein Verfasser doch ähnlich wie *Schäuble* schon seit Ende der 1970er Jahre zu den herausragenden Politikern der Bundesrepublik Deutschland. Die Karriere *Stoibers* im Schnelldurchlauf: 1971 bis 1974 Redenschreiber und persönlicher Referent des bayerischen Umweltministers *Max Streibl*, ab 1974 bayerischer Landtagsabgeordneter, 1978 bis 1983 CSU-Generalsekretär, 1982 bis 1988 Leiter der Staatskanzlei unter Ministerpräsident *Franz Josef Strauß*, 1988 bis 1993 Innenminister, 1993 bis zu seinem Sturz 2007 dann Ministerpräsident des Landes. In seiner starken exekutiven und landespolitischen Prägung ähnelt die Karriere *Stoibers* eher derjenigen *Steinbrücks* als *Schäubles*. Mit dem derzeitigen Kanzlerkandidaten der SPD hat der Bayer so Manches gemein – unter anderem die Vorliebe für „Klartext“ und die „Ehrenrunde“ in der Schule. Schulisches Versagen vermag offenbar nicht selten einen lebenslangen brennenden Ehrgeiz anzufachen.

Stoibers Buch ist mindestens ebenso sehr eine politische Programm- und Streitschrift wie eine Autobiographie. Es drängt ihn nach wie vor dazu, politisch zu gestalten und Einfluss zu nehmen. Die Ratschläge an die Politik im Allgemeinen und seine Nachfolger in Berlin und München im Besonderen sind ebenso zahlreich wie die Anekdoten aus seinem Leben. Fangen wir mit den Anekdoten an: Die stark getönte Sonnenbrille, die *Stoiber* in jungen Jahren trug, war kein Zeichen der Arroganz, sondern Folge einer Schädigung des Augennlichts, die er sich als Gebirgsjäger zugezogen hatte (S. 41). Der sagenumwobene Flug nach Moskau am 27. Dezember 1987 mit Privatflieger *Franz Josef Strauß* im Cockpit seiner Cessna war wirklich so abenteuerlich wie immer geschildert. Wegen der eisigen Witterung waren die Moskauer Flughäfen eigentlich gesperrt. *Strauß* meinte jedoch, er müsse runter, weil der Treibstoff nicht mehr bis zum nächsten Flughafen reiche. Heil unten angekommen, rühmte ihn der sowjetische Außenminister *Eduard Schewardnadse* ob seiner Tollkühnheit: Als Einziger sei er an diesem Tag in Moskau gelandet (S. 106 ff.). Durchaus unterhaltsam ist auch, wie *Stoiber* den extrem eigenwilligen Künstler *Lothar-Günther Buchheim* überredete, mit seinem Museum in Bayern zu bleiben (143 f.). Ein Angebot der Firma Siemens zum Ausbau der Metro in Shanghai brachte *Stoiber* Mitte der 1990er Jahre an den Mann, sprich Oberbürgermeister *Xu Kuangdi*, indem er ihm einen Auftritt des FC Bayern München in Shanghai versprach. Das Problem: Er hatte dies vorher nicht abgesprochen. Dennoch gelang es ihm, das Spiel zu arrangieren (S. 148 f.). Wer unter den Anekdoten allerdings auch Spek-

takuläres erwartet zum „Frühstück in Wolfratshausen“ im Januar 2002 (S. 177 ff.), als *Merkel Stoiber* die Kanzlerkandidatur überließ, oder zur Kreuther CSU-Jahrestagung im Januar 2007 (S. 249 ff.), als die Fraktion *Stoiber* zum Verzicht auf das Ministerpräsidentenamt zwang, der wird möglicherweise enttäuscht sein. Als Neuigkeit tischt uns *Stoiber* nur den Speiseplan in Wolfratshausen auf – frische Semmeln, Butter, Marmelade, Honig sowie etwas Käse und Wurst. Nicht neu ist, dass er sich schon im Januar 2007 gegen die Tandemlösung mit *Günther Beckstein* als Ministerpräsident und *Erwin Huber* als CSU-Parteivorsitzender aussprach.

Lehrreicher als die Anekdoten sind ohnehin die politischen Einsichten und Stellungnahmen *Stoibers*, mit denen er sich zu Fragen deutscher und bayerischer Politik äußert. Auch hier eine knappe Auswahl: Erstens, die Kanzlerkandidatur *Merkels* ist 2002 nicht am CSU-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten *Stoiber* gescheitert, sondern am Widerstand des hessischen Ministerpräsidenten *Roland Koch* und anderer CDU-Granden, die ihn, *Stoiber*, für den besseren Kandidaten hielten. Einen Kanzlerkandidaten der CSU kann es überhaupt nur geben, wenn die Führungsfrage in der CDU ungeklärt ist (S. 223). Zweitens, auch *Stoiber* war im September 2003 als Kandidat für das Bundespräsidentenamt im Gespräch, lehnte aber ab, weil er im aktiven Geschäft bleiben wollte. *Merkel* und *Stoiber* einigten sich dann auf *Schäuble* als Kandidaten, konnten ihn aber nicht gegen den entschiedenen Widerstand der FDP durchsetzen (S. 212 ff.). Als Nachtrag zur *Schäuble*-Biographie von *Schütz*: Manche Kandidaturen scheitern nun einmal aufgrund der Arithmetik und nicht infolge böser Absichten – wenngleich nicht in Abrede gestellt werden soll, dass *Merkel* die Kandidatur *Schäubles* vorab mit der FDP hätte abstimmen müssen. Drittens, *Stoibers* Rückzug als designierter Wirtschaftsminister der Regierung *Merkel* II hatte seinen Grund in einer Fehleinschätzung seiner Gestaltungsmöglichkeiten im Kabinett. Als *Franz Müntefering* vom SPD-Parteivorsitz zurücktrat, wurde *Stoiber* vollends klar, dass er von München aus über den Koalitionsausschuss stärkeren politischen Einfluss ausüben konnte. Seinen Lapsus wendet er ins Positive: Der Rückzug sei zwar „nicht optimal gelaufen“, dafür sei aber nun für alle Zeiten geklärt, „dass ein CSU-Vorsitzender, der zugleich bayerischer Ministerpräsident ist, nicht nach Berlin gehen sollte“ (S. 230). Viertens, der gouvernementale, „ehrliche“ Unions-Wahlkampf des Jahres 2005, der einen schon sicher geglaubten Wahlsieg von Schwarz-Gelb verspielte, wirke bis heute nach. In allen Parteien sei die Bereitschaft zur Vertretung klarer und unbequemer Positionen „deutlich zurückgegangen“ (S. 224). Politik sei jedoch „in erster Linie Erklärungsarbeit“ (S. 225) gegenüber dem Bürger und dürfe sich nicht von den Stimmungen im Volke leiten lassen. Auf der anderen Seite, fünftens, bleibe es „eine Kernaufgabe“ des Parlamentariers in der repräsentativen Demokratie, „die Bedürfnisse und Angelegenheiten der Menschen aufzugreifen und sie bei zu erwartendem politischen und publizistischen Gegenwind zu vertreten“ (S. 44) – gelegentlich auch gegen die eigene politische Überzeugung. Nur so könne Parteienverdrossenheit vermieden werden. Eng verbunden mit diesem Grundsatz ist das Plädoyer von *Stoiber*, dass man die Menschen beziehungsweise „seine Partei mitnehmen“ (S. 85) müsse. Man könne in der Regierung nicht einfach das Gegenteil dessen tun, was man jahrelang in der Opposition vertreten habe. Das wurde beim DDR-Milliardenkredit, den *Franz Josef Strauß* 1983 einfädelte (S. 83 ff.), genauso versäumt wie bei der Aussetzung der Wehrpflicht oder beim Atomausstieg während der Regierungszeit *Merkels* (S. 115).

Stoibers Buch hält jede Menge weiterer diskussionswürdiger Vorschläge für die Politik bereit: So setzt er sich für die Verleihung des Friedensnobelpreises an *Helmut Kohl* ein (S.

113 f.), plädiert gegen eine schwarz-grüne Koalition (S. 198), schilt die Länder, dass sie sich nicht für einen lebendigen Föderalismus stark machen (S. 241 ff.), wirbt nicht nur für die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs, sondern auch für eine Länderneugliederung, deren Kommen er sogar wegen haushaltspolitischer Notwendigkeiten voraussagt (S. 243), und unterstützt den Kurs *Merkels* in der Euro-Krise (S. 277 – 295). Auch liefert *Stoiber* am Schluss seines Buches einen kurzen Besinnungsaufsatz zur „Zukunft der Demokratie“ (S. 297 – 319), in dem er unter anderem – man hört und staunt – für die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene eintritt. All dies zeigt, dass sich der 71-Jährige noch viel zu jung fühlt für den politischen Ruhestand, in den er 2007 gezwungen wurde. Immerhin wurde ihm die Chance eröffnet, sich in Brüssel ehrenamtlich für den Abbau der EU-Bürokratie einzusetzen – was er nicht nur nach eigenem Bekunden (vgl. S. 260 – 267) recht erfolgreich tut.

Die vergleichende Betrachtung der drei Leben führt zu einem beruhigenden Schluss: Die Bundesrepublik Deutschland verfügt über einige Politiker, die das Zeug zum Kanzler haben. Nicht alle (sogar die wenigsten), die Kanzler können, werden es auch. Doch selbst als verhinderte Kanzler machen sie sich weiter nützlich – was *Steinbrück* gegebenenfalls noch beweisen könnte. Nach dem zurückliegenden Wahlkampf hätte er sich aber auch den Ruhestand mehr als verdient.

Patrick Horst

Chronist und Protokollant deutscher Außenpolitik: ein aufschlussreiches Tagebuch

Majonica, Ernst: Das politische Tagebuch 1958-1972, bearbeitet von Hans-Otto Kleinmann und Christopher Beckmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 55), Droste Verlag, Düsseldorf 2011, 765 Seiten, € 69,-.

Wem sagt heute der Name *Ernst Majonica* noch etwas? Selbst bei Zeithistorikern scheint er weitgehend in Vergessenheit geraten zu sein. *Majonica* gehörte von 1950 bis 1972 dem Deutschen Bundestag an und war über viele Jahre profiliertester und prominenter Außenpolitiker der Unionsfraktion, deren außenpolitischer Sprecher und Arbeitskreisvorsitzender er über mehr als zwei Wahlperioden bis 1969 war.

Zu seinem umfangreichen publizistischen Werk – *Majonica* verfasste in seiner Abgeordnetenzeit allein vier Bücher (unter anderem 1965 den Band „Deutsche Außenpolitik“) – gehört sein Tagebuch, das er von 1952 bis 1982 kontinuierlich führte und in dem er Ereignisse, Aktivitäten und Begegnungen notierte. Es handelt sich bei den komplexen Aufzeichnungen „um den seltenen Fall eines Ego-Dokuments aus der ersten Parlamentariergeneration der Bundesrepublik“, so die Bearbeiter. Die vorliegende Auswahl aus dem Tagebuch ist eine „die politischen Inhalte zusammenführende Komposition der Bearbeiter“, ein Quellenauszug der Jahre 1958 (*Majonicas* Wahl zum Geschäftsführer des Arbeitskreises V für auswärtige, gesamtdeutsche und Verteidigungsfragen der CDU/CSU-Fraktion) bis zu seinem Ausscheiden aus dem Bundestag 1972. Die von *Majonica* eigentlich nicht zur Veröffentlichung vorgesehenen Tagebuchnotizen ermöglichen einen Einblick in das „Innenleben“ von Parlaments- und Parteigremien jenseits offizieller Protokolle und dokumentieren